

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:347456-2017:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Sylt: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
2017/S 169-347456**

Wettbewerbsbekanntmachung

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Gemeinde Sylt
Andreas-Nielsen-Straße 1, Sylt / OT Westerland
Sylt
25980
Deutschland
Kontaktstelle(n): Gemeinde Sylt
E-Mail: martin.seemann@gemeinde-sylt.de
Fax: +49 46518519130
NUTS-Code: DEF07
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.gemeinde-sylt.de

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: www.drost-consult.de

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

D&K drost consult GmbH
Kajen 10
Hamburg
20459
Deutschland
Kontaktstelle(n): Susanne Gassert
Telefon: +49 4036098417
E-Mail: s.gassert@drost-consult.de
Fax: +49 4036098411
NUTS-Code: DE600
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.drost-consult.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

D&K drost consult GmbH
Kajen 10
Hamburg
20459
Deutschland
Kontaktstelle(n): Susanne Gassert

Telefon: +49 4036098417

E-Mail: s.gassert@drost-consult.de

Fax: +49 4036098411

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.drost-consult.de

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Verwaltungszentralisierung Sylt – Sanierung, Umbau und Erweiterung.

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71240000

II.2) **Beschreibung**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die Gemeinde Sylt besteht aus dem kommunalen Zusammenschluss der früheren Sylter Gemeinden Westerland, Rantum und Sylt (Ost). Ziel des Wettbewerbs ist die Zusammenführung der auf 5 unterschiedliche Standorte verteilten Gemeindeverwaltung durch den Umbau des denkmalgeschützten Bestandsgebäudes und die Erstellung eines Erweiterungsneubaus am zentralen Standort Rathaus Westerland. Die Zentralisierung ist eine Maßnahme zur Modernisierung der kommunalen Verwaltung Sylts und stellt einen bedeutenden baulichen und stadtentwicklungsbezogenen Impuls für die Gemeinde Sylt dar.

Die Gesamtmaßnahme umfasst ca. 3 000 m² BGF. Die Fertigstellung der Maßnahme ist spätestens für das 4. Quartal 2020 vorgesehen. Die anrechenbaren Kosten betragen ca. 6 400 000 EUR netto (KG 300+400 gem. DIN 276).

Das Verfahren wird als nicht offener, einphasiger hochbaulicher Realisierungswettbewerb mit vorgeschaltetem Bewerbungsverfahren und nachgeschaltetem Verhandlungsverfahren durchgeführt.

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.10) **Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer:**

Im Rahmen des vorgeschalteten Bewerbungsverfahrens sollen insgesamt 10 Teilnehmer für den Wettbewerb ausgewählt werden: 8 „Büros mit Bau erfahrung“ und 2 „Junge Büros“.

Anforderungen an alle Bewerber:

Die in den Dokumenten „Verfahrenshinweise“, „Auswahlbogen“ und „Bewerbungsbogen“ aufgeführten formalen Kriterien sind zwingend zu erfüllen. Darüber hinaus sind folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:

— Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mind. 1 500 000 EUR für Personenschäden und mind. 300 000 EUR für sonstige Schäden (jeweils 2-fach maximiert);

— Nachweis der Erlaubnis zur Berufsausübung der/des für die Erbringung der Leistung Verantwortlichen (Inhaber oder Führungskräfte);

— Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung.

Anforderungen an „Büros mit Bau erfahrung“.

Von „Büros mit Bau erfahrung“ sind zusätzlich folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:

— Nachweis eines Jahresumsatzes von mind. 500 000 EUR (netto) für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 ff HOAI im Durchschnitt der vergangenen 3 Jahre;

— Nachweis, dass im Durchschnitt der vergangenen 3 Jahre mind. 5 festangestellte Architekten bzw.

Absolventen der Fachrichtung Architektur (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. beschäftigt waren;

— Nachweis der Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern oder öffentlich geförderten Baumaßnahmen anhand von mind. 1 Referenzprojekt.

Anforderungen an „Junge Büros“.

Von „Jungen Büros“ ist zusätzlich folgende Mindestanforderung zu erfüllen:

— Nachweis für alle Büroinhaber, Geschäftsführer und Entwurfsverfasser, dass der Ersteintrag in die Architektenliste einer Architektenkammer nach dem 1.1.2012 erfolgte.

Die Nichterfüllung der formalen Kriterien oder der o. g. Mindestanforderungen führt zum Ausschluss aus dem Verfahren.

Bewerbungsverfahren.

Für die Teilnahme am Bewerbungsverfahren ist zwingend der vorgegebene Bewerbungsbogen zu verwenden.

Dieser ist vollständig auszufüllen, zu unterschreiben und mit den geforderten Nachweisen fristgerecht in Papierform einzureichen. Der Poststempel gilt nicht! Bewerbungen, die nach dem unter IV.2.2) genannten Termin eingehen, werden nicht berücksichtigt. Bewerbungen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig.

Die Bekanntmachung des Verfahrens sowie die Bewerbungsunterlagen stehen auf der Internetseite www.drost-consult.de für einen uneingeschränkten und gebührenfreien Zugang zum Download bereit. Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post.

Fragen während der Bewerbungsphase sind schriftlich zu richten an: s.gassert@drost-consult.de. Die während der Bewerbungsphase eingegangenen Fragen und deren Beantwortung werden in anonymisierter Form auf der Internetseite www.drost-consult.de veröffentlicht. Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht. Die Bewerber sind verpflichtet, sich auf der genannten Internetseite über eingegangene Bewerberfragen und deren Beantwortung zu informieren.

Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Unterlagen sowohl in der Bewerbungs- als auch in der Angebotsphase nachzufordern (vgl. § 56 VgV). Sofern die nachgeforderten Unterlagen nicht frist- bzw. formgerecht eingehen, führt dies zum Ausschluss aus dem Verfahren.

Auswahl der „Büros mit Bau erfahrung“.

Die Auftraggeberin wählt unter den Bewerbern, die die formalen Kriterien und die genannten Mindestanforderungen erfüllen, 8 Bewerber aus, die sie zur Teilnahme am Wettbewerb auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI einzureichenden Referenzprojekte.

Auswahl der „Jungen Büros“.

Die Auswahl von 2 Teilnehmern erfolgt per Losziehung.

Detaillierte Angaben zum Bewerbungsverfahren und zu den einzureichenden Bewerbungsunterlagen sind den Dokumenten „Verfahrenshinweise“, „Auswahlbogen“ und „Bewerbungsbogen“ zu entnehmen. Die genannten Dokumente sind zwingend zu berücksichtigen.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Teilnahme ist einem bestimmten Berufsstand vorbehalten: ja

Beruf angeben: Als Berufsqualifikation wird gem. § 75 (1) VgV der Beruf Architekt/-in für die Leistungen gem. § 33 ff HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.2) Art des Wettbewerbs

Nichtoffen

Anzahl der in Erwägung gezogenen Teilnehmer: 10

IV.1.7) Namen der bereits ausgewählten Teilnehmer:

IV.1.9) Kriterien für die Bewertung der Projekte:

Die Beurteilung erfolgt nach den Kriterien.

Formalleistungen;

Städtebauliche Qualität;

Hochbauliches Konzept;

Funktionales Konzept.

Eine detaillierte Aufstellung der Unterkriterien wird im Verfahrensteil der Auslobung bekannt gegeben. Die dargestellte Reihenfolge der Aspekte ist nicht als Wertung oder Gewichtung zu betrachten.

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Projekte oder Teilnahmeanträge

Tag: 04/10/2017

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 18/10/2017

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Projekte erstellt oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Deutsch

IV.3) Preise und Preisgericht

IV.3.1) Angaben zu Preisen

Es werden ein oder mehrere Preise vergeben: ja

Anzahl und Höhe der zu vergebenden Preise:

Die Ausloberin stellt eine Wettbewerbssumme von insgesamt 76 900 EUR (netto) bereit. Von der Gesamtsumme sollen 36 900 EUR (netto) für 3 Preise vergeben werden:

1. Preis: 18 000 EUR;

2. Preis: 12 000 EUR;

3. Preis: 6 900 EUR.

Das Preisgericht ist berechtigt, durch einstimmigen Beschluss eine andere Aufteilung der Wettbewerbssumme vorzunehmen.

Es ist beabsichtigt, einen Teil der Wettbewerbssumme als Bearbeitungshonorar auszuschütten und zu gleichen Teilen an die Teilnehmer des Wettbewerbs für die Erfüllung der in der Auslobung definierten Leistungen zu verteilen (siehe IV.3.2).

Von allen Wettbewerbsteilnehmern ist ein indikatives Honorarangebot (Erstangebot) einzureichen.

Alle Preisträger des hochbaulichen Wettbewerbs nehmen an dem nachgeschalteten Verhandlungsverfahren teil.

Sie werden zu einem Verhandlungsgespräch eingeladen und zur Abgabe eines finalen Angebots aufgefordert.

Den Zuschlag erhält das wirtschaftlichste Angebot nach den folgenden Kriterien:

1. Wettbewerbsergebnis: 40 %;
2. Fachlicher Wert: 15 %;
3. Qualität: 20 %;
4. Kundendienst: 5 %;
5. Honorarangebot: 20 %.

Die Ausloberin behält sich vor, den Zuschlag auf Grundlage der Erstantgebote zu vergeben (vgl. § 17 (11) VgV). Nähere Informationen zum Verhandlungsverfahren und zu den Zuschlagskriterien sind den Dokumenten „Zuschlagsmatrix“ und „Verfahrenshinweise“ zu entnehmen und zwingend zu berücksichtigen.

IV.3.2) Angaben zu Zahlungen an alle Teilnehmer:

Ein Teil der gem. RPW 2013 ermittelten Wettbewerbssumme von 76 900 EUR (netto) wird anteilig als Aufwandsentschädigung (40 000 EUR) zu gleichen Teilen an die Teilnehmer für die Erbringung der in der Auslobung definierten Leistungen einschließlich Modell ausgezahlt (bei fristgerechter Einreichung einer prüfungsfähigen Wettbewerbsarbeit und vollständiger Erbringung der geforderten Wettbewerbsleistungen).

IV.3.3) Folgeaufträge

Ein Dienstleistungsauftrag infolge des Wettbewerbs wird an den/die Gewinner des Wettbewerbs vergeben: ja

IV.3.4) Entscheidung des Preisgerichts

Die Entscheidung des Preisgerichts ist für den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber bindend: ja

IV.3.5) Namen der ausgewählten Preisrichter:

Die Besetzung des Preisgerichts wird mit dem Versenden der Wettbewerbsunterlagen bekannt gegeben.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Die Wettbewerbsunterlagen werden mit der Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein abgestimmt. Die Ausloberin wird unter Würdigung der Empfehlungen des Preisgerichtes und entsprechend § 8 (2) RPW 2015 einen der Preisträger mit der weiteren Bearbeitung der Planungsleistungen gem. § 33 ff HOAI beauftragen, sofern das Projekt umgesetzt wird und soweit kein wichtiger Grund einer Beauftragung entgegensteht. Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- LPH 2 bis 3 Objektplanung gem. § 33 ff HOAI;
- LPH 4 bis 7 Objektplanung gem. § 33 ff HOAI;
- LPH 8 bis 9 Objektplanung gem. § 33 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der Ausloberin (ggf. in noch von der Ausloberin festzulegenden Stufen);
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gem. § 33 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der Ausloberin (ggf. in noch von der Ausloberin festzulegenden Stufen).

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Düsternbrooker Weg 94

Kiel

24171

Deutschland

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Fax: +49 4319884702

VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Düsternbrooker Weg 94
Kiel
24171
Deutschland
E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de
Fax: +49 4319884702

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 – 4 GWB unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Schleswig-Holstein beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus
Düsternbrooker Weg 94
Kiel
24171
Deutschland
E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de
Fax: +49 4319884702

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

31/08/2017